

ZEITUNG IN DER ZEITUNG

Seiten zur Politik vom SPD-Landtagsabgeordneten Heinrich Aller

Ausgabe 76 | November 2012

Standing Ovationen für Stephan Weil und Peer Steinbrück auf dem SPD-Landesparteitag in Wolfsburg:

Die SPD ist auf dem Weg in die Regierungsverantwortung. Am 20. Januar werden die Weichen in Niedersachsen gestellt. Der künftige Ministerpräsident Stephan Weil hat sich als ambitionierter Ministerpräsident, sein kompetentes Kabinett und sein Zukunftsprogramm für Niedersachsen überzeugend vorgestellt. Peer Steinbrück hat wichtige Punkte auf dem Weg zur Kanzlerschaft gemacht. Die Abrechnung mit Merkel & Co war in dieser Härte überfällig. Die Rot-Grüne Alternative ist alternativlos. Steinbrück kann sich auf Niedersachsen verlassen: Erst der Wechsel hier. Dann der Wechsel in Berlin.

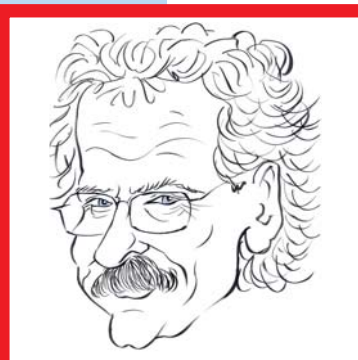


LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Was von der Landesregierung als glorioser Auftakt für den Landtagswahlkampf geplant war, wurde in Bad Zwischenahn zu einem grandiosen Absturz ins Meer. Bundesweit Bilder und Überschriften, die Schwarz-Gelb so gar nicht ins Konzept passten. Die Bilder hatten Symbolcharakter. Sie haben sich tief eingepreßt und sind seitdem ein „running gag“ in der Landespolitik.

So richtig registriert wurde seit diesem Tag nicht mehr. Die denkwürdigen Bilder und Kommentare sollten wieder raus aus den Köpfen der Niedersachsen. Mit aller Kraft hat „Kapitän McAllister“ versucht, das Bild eines untergehenden Kabinetts zu

Fortsetzung auf Seite 2



Heinrich Aller: „CDU und FDP wollen den Machterhalt mit allen Mitteln – notfalls auch mit einem Sondergesetz.“

SHOWDOWN IM LANDTAGSWAHLKAMPF: CDU UND FDP MIT DEM RÜCKEN ZUR WAND

SCHWARZ-GELBE REGIERUNG: WIR KENTERN – AB IN DIE RETTUNGSBOOTE!

Natürlich: Wer derart mit dem Rücken an der Wand steht, versucht zu retten, was zu retten ist. Mit Blick auf den Jahreswechsel 12/13 haben Schwarz & Gelb versucht, die Haushaltspolitik in den Mittelpunkt zu rücken. Doppelhaushalt und Schuldenbremse – mit diesen Begriffen woll-

te man die Opposition vorführen. Der Doppelhaushalt 2012/2013 sollte eine unkalkulierbare Debatte kurz vor der Landtagswahl verhindern. Mit dem Motto „Schuldenbremse in die Verfassung“ wollten CDU und FDP ihren Alleinvertretungsanspruch für seriöse Finanzpolitik untermauern.

Doch es kam anders als geplant: Dem Doppelhaushalt wurde vom Staatsgerichtshof die Verfassungswidrigkeit attestiert. Kurz danach verlor Finanzminister Möllring, der Verteidiger von Wulff und McAllister, beim Staatsgerichtshof den Prozess um Falschaussagen der Landesregierung gegenüber dem Parlament im Zusammenhang Nord-Süd-Dialog.

DREIST: CDU-FDP-SONDERGESETZ

Aber es kam noch schlimmer: Mitten hinein in eine Serie von Wahlgeweschen – natürlich ohne jeden Nachtragshaushalt – bescherten Konjunkturlage, Zinsentwicklung und Steuerschätzung der Landeskasse einen wahren Geldsegen und unerwartete Liquidität. Die Eckdaten in der Mipla, zur Jahresmitte mit dem Ziel veröffentlicht, die

Fortsetzung auf Seite 2



EHRUNG I: VELBER

Ehrennadel, Urkunde und einen roten Schal à la Franz Müntefering für Gerhard Groth: Erhard Klein und Heinrich Aller zeichneten den Jubilar für 40jährige Mitgliedschaft aus. Klein versicherte Aller, dass er auch künftig gern gesehener Gast beim Wurstessen in Velber sein werde – auch wenn er demnächst dem Landtag nicht mehr angehören wird. Zum Dank überreichte er Aller zwei Kriminalromane. ■

Fortsetzung von Seite 1

korrigieren. Nach dem Motto: „Ich bin hier und überall“ tritt der Ministerpräsident mit und ohne Dudsack als omnipräsenter, aber eben nicht als omnikompetenter Regierungschef auf. Sein Bekanntheitsgrad ist gut. Natürlich profitiert er von seinem Amtsbonus. Das bestätigen Umfragen. Sehr zum Leidwesen der FDP.

Die schwarz-gelbe Regierung ist in der jüngsten Umfrage (NDR vom 08.11.12) weg vom Fenster. In einem Drei-Parteien-Parlament mit SPD, Grünen und CDU wird die FDP nicht vertreten sein. McAllister wandert in die Opposition. Kein Wunder also, dass nach der Listenaufstellung viele aus der Regierungskoalition den Wahlausgang vorausahnend nach dem Motto handeln: „Wir kentern – ab in die Rettungsboote!“

Ihr


Heinrich Aller MdL ■

Impressum: Heinrich Aller MdL, Abgeordnetenbüro im Kurt-Schumacher-Haus, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover, Telefon: 0511-1674-242, Fax: 0511-2155837, E-Mail: info@heinrich-aller.de

Fortsetzung von Seite 1

Solidität der schwarz-gelben Haushalts- und Finanzpolitik amtlich zu dokumentieren, wurden durch die neusten Zahlen ausgehebelt. Ausgerechnet um die Ermächtigung zum Schuldenmachen kam es zum Streit zwischen den Koalitionären. Die so clever ausgetüftelte Wahlstrategie zerbröselte. Die kuriose Situation von nicht einmal selbsterarbeiteten Mehreinnahmen ist der Grund für ein „Sondergesetz“, das tatsächlich ist, was es nicht sein darf – ein „Nachtragshaushalt“. Mit der Forderung nach einem Nachtrag und Korrektur der gerade gemeinsam verabschiedeten Mipla-Ansätze brachten FDP-Spitzenpolitiker das Regierungsschiff ins Schlingern. Wieder einmal begibt sich Schwarz-Gelb auf einen Sonderweg. Wieder einmal wird Parteiinteresse über das Landesinteresse gestellt.

VERNEBLUNGSTAKTIK PUR

Um es klarzustellen: Nicht die Absenkung der in Haushalten und Mipla von der Landesregierung selbst eingestellten möglichen Nettokreditaufnahmen ist das politische Problem. Dies kann eine Regierung

auch ohne ein Sondergesetz durch einfaches Regierungshandeln und durch Verzicht auf Inanspruchnahme der Kreditermächtigung umsetzen. Der politische Skandal ist, wie McAllister, Möllring, Bode und Birkner mit den Instrumenten der Haushaltsordnung umgehen: Die Gebote Vollständigkeit, Wahrheit und Klarheit – bei einem ordentlichen Haushalt ein Muss – werden mit dem Sondergesetz umgangen. Schlimmer noch: Mit der Vorlage des Sondergesetzes als „Entwurf eines Gesetzes zur Rückführung der Nettoneuverschuldung 2012 und 2013“ suggeriert die Landesregierung einen realen Abbau von neuen Schulden in den Jahren des Doppelhaushalts.

IMAGINÄRE SCHULDEN

Schulden die man nicht gemacht hat, kann man nicht abbauen. Tatsächlich – und das kann die Landesregierung auch nicht leugnen – wurden und werden 855 Mio. der Ermächtigungen zur Aufnahme neuer Schulden in 2012 und 2013 gar nicht in Anspruch genommen. Diese Entwicklung ist positiv. Aber es gibt keine Garantie für eine anhaltend günstige Einnahmentwicklung in den kommenden Jahren. So sehen es übrigens alle Experten.

DIE WÄHLER SIND SCHLAUER

CDU und FDP unterschätzen die Niedersachsen. Die Wählerinnen und Wähler trauen der Regierung McAllister inzwischen jeden Polit-Trick zu, um an der Macht zu bleiben. Das Sondergesetz ist nichts als ein „Kuckucksei“, das sie der Opposition ins Nest legen will.

Ganz nach dem Motto: „Wer gegen unser schönes Gesetz ist, will weiter Schulden machen.“ Plump und dreist hat jetzt die FDP jetzt noch draufgesattelt.

Im Kampf ums politische Überleben errechnet jetzt Geschäftsführer MdL

Grascha 40 Mio. Euro Zinersparnis durch das Sondergesetz. Abgelenkt werden soll von den Fakten: Niedersachsens CDU und FDP verantworten Schuldenerhöhung von 40 auf 60 Milliarden in zehn Jahren. Kassenkredite der Kommunen noch immer rund 5 Milliarden Euro.

Für wie doof hält die FDP eigentlich die Niedersachsen? – Wer macht denn Schulden, wenn er oder sie genug Geld in der Kasse hat? Seit wann spart man Zinsen auf neue Schulden, die keiner will, die keiner braucht, die keiner macht? Ich sage eine interessante Debatte über die „Schlussbilanz“ über die Regierungszeit von CDU und FDP voraus! ■



**Auch um sie ging es in Wolfsburg:
Gute Politik für Senioren, Familien
und die ganz Kleinen.**



ERKLÄREND, KÄMPFERISCH UND DABEI MIT HUMOR: OSKAR NEGTT ÜBER VISIONEN UND POLITIK

OSKAR NEGTT: EUROPA BRAUCHT VISIONEN – POLITIK BRAUCHT UTOPIEN

Mut hat der SPD-Unterbezirk Region Hannover bewiesen. Oskar Negt, Soziologe und vielbeachteter Autor, referierte im Alten Magazin in Hannover „mitten im Landtagswahlkampf“ zum Thema „Ein Europa für die Menschen“.

Moderiert von Dr. Matthias Miersch standen Negt, Europaabgeordneter Bernd Lange und Birgit Honé Rede und Antwort. Die Sozialdemokratin ist von Stephan Weil für die Bereiche Europa, Landwirtschaft und Landesentwicklung in sein Team berufen worden.

Einig waren sich Negt, Podiumsteil-

nehmer und Publikum, dass Europa-politik nicht auf die Eurofrage und „rein betriebswirtschaftliche Politikansätze“ reduziert werden dürften. Die europäische Integration stelle alle Europäerinnen und Europäer in den Institutionen und Regionen vor immer neue Herausforderungen. Dafür seien Utopien und Visionen als Leitbilder notwendig. In Niedersachsen komme es darauf an, Europa als zentrale Herausforderung in der Landespolitik zu verstehen, die praktisch alle Politikfelder betreffe. Die SPD werde unter Stephan Weil die „Abschaffung



Die Diskussionsrunde mit SPD-Regionschef Dr. Matthias Miersch MdB, Philosoph Oskar Negt, künftiger Ministerin Birgit Honé und SPD-Europaabgeordnetem Bernd Lange (v.l.n.r.).

der Landeszentrale für politische Bildung umkehren“. Negt hatte in seinem Referat die Entscheidung von Schwarz-Gelb als großen Fehler und völlig falsches Signal für den Europa-prozess kritisiert. ■



EHRUNG II: DEDENSEN

SPD Dedensen ehrt langjährige Mitglieder und begrüßt Neumitglied: Doppelten Grund zur Freude – Vorsitzender Frank Chmielewski und Landtagskandidatin Claudia Schüssler ehrten langjährige Mitglieder für ihre Mitarbeit und Treue zur SPD.

Als neues Mitglied hieß Heinrich Al-Dirk Kaminski willkommen. Das Gruppenfoto zeigt: Die Dedenser SPD geht optimistisch in die Wahlen im Jahr 2013. ■

ZU GUTER LETZT...

Barack Obama ist wieder zum Präsidenten der USA gewählt worden. Es war knapper, als die Zahl der gewonnenen Wahlmännerstimmen es vermuten lässt. Dennoch: In der ZidZ Nr. 74 habe ich mich klar für Obama ausgesprochen. Ich bin froh über den Wahlausgang und freue mich für viele Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner, denen nun die Folgen der angedrohten Politik von Mitt Romney erspart bleiben. Die Hoffnungen, die die Mehrheit erneut mit ihrem wiedergewählten Präsidenten verbindet, sind groß.

Wir Deutschen tun gut daran, die Zusammenarbeit mit den USA – und ich empfehle auch mit Kanada – zu pflegen und nicht nur den politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Eliten zu überlassen. Es ist im Interesse aller Menschen, vor allem der jungen Generation, die Partner diesseits und jenseits des Atlantiks zu kennen und zu verstehen. Ich bedanke mich bei denen, die nach meinem jüngsten Bericht in der ZidZ mit mir über Fragen der künftigen Zusammenarbeit, Besonderheiten des amerikanischen Wahlrechts und Möglichkeiten für junge Deutsche für Besuche und Austauschprogramme gesprochen haben. Vor der Wahl und nach der Wahl gilt: Gern stehe ich Interessierten für Anfragen und Veranstaltungen zur Verfügung. ■